

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

### Heraus aus der Passivität!

Die Agitation hat gute eingeseht. Lebhaft pulsierend überall wieder das Verbandsleben. Nur in einigen Teilen des Reiches ist es den Zahlstellenleitungen noch nicht gelungen, sich von der Lethargie loszureißen, die sie befallen hat infolge der stellenweise geradezu empörenden Zerstörungswut unwissender, aber desto anmaßender auftretenden fanatischen Elemente.

Gewiß, es ist erklärlich, daß mancher treue Kollege, manche eifrige Kollegin sich sagte: Was hat all dein guter Wille, alle deine Mühe und Arbeit am Organisationsaufbau für einen Wert, wenn böser Wille und Unverständnis alles wieder umreißen. Trotz alledem, wir müssen wieder anfangen, jetzt, da sich zeigt, daß überall bei der indifferenten resp. aus dem Verbands gelaufenen Arbeiterschaft die bessere Einsicht die Oberhand gewinnt. Von überall werden agitatorische Erfolge gemeldet. Die Arbeiter sehen ein, daß sie getäuscht und mißbraucht worden sind, als ihnen Haß und Mißtrauen beigebracht wurden gegen die Gewerkschaftsleitungen. Dieser Haß und dieses Mißtrauen sollten zugleich als gewerkschaftstötendes Gift wirken.

Die Vorstöße der Unternehmer in den verschiedensten Industrien gegen den Achtfundentag, gegen die Arbeiterferien, gegen das Tarifvertragswesen, gegen die Gewerkschaften haben der Arbeiterschaft neue Anregung zum Denken gegeben. Sie sehen ein — müssen es einsehen —, daß sie als einzelner, als Unorganisierter ein Spielball sind in den Händen nicht humaner Unternehmer. Es gilt jetzt, die Gedankenrichtung dieser Arbeiter zu fördern, konsequent weiterzuentwickeln und das Ergebnis auszusprechen.

Heran an alle Unorganisierten, sagen wir ihnen, daß es für sie kein Entrinnen gibt aus ihrer Lage, wenn sie nicht einig und geschlossen in ihrer Organisation, im Fabrikarbeiterverband, zusammenstehen. Kein Zagen und Zaudern vor Unannehmlichkeiten darf uns abhalten, zu tun, was keinen Tag lang aufgeschoben werden darf: agitieren, werben, reden, aufklären, sammeln, wie wir es auch nennen wollen, aber handeln wir. Wer für die Zukunft bauen will, darf in der Jetztzeit nicht ruhen. Durch entschlossenes, zielsicheres, von Verantwortung getragenes Wirken gebe der Agitator der entmutigten Arbeiterschaft Selbstvertrauen und Zukunftshoffnung. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache zu Pessimismus. Sie hat gekämpft und muß kämpfen, heute und morgen, sie muß kämpfen um die Existenz für Weib und Kind, um eine bessere Zukunft, die ihr gehört. Wo ist der Mutlose, der alles verloren gibt, der sich in die Vergangenheit vergräbt? Rüttelt ihn auf, stärkt ihn seelisch, gebt ihm neue Hoffnung, zeigt ihm die Werke der Solidarität. Führt ihn zurück in die Vergangenheit, in die Organisationslosigkeit des Proletariats, erinnert daran, was die Arbeiterschaft damals gelitten und geduldet hat, wie sie politisch und wirtschaftlich völlig entrechtet dahinvegetierte. Dann zeigt den sich langsam vollziehenden Umschwung mit dem Auftreten und Stärkerwerden der Arbeiterorganisationen.

An der Pionier- und Kulturarbeit hat der Fabrikarbeiterverband schon vor 34 Jahren teilgenommen. Er hat den Fabrikarbeitern ihr Menschenum erkämpft. Er ist gewillt und imstande, die seit Jahrzehnten erlangenen Vorteile zu verteidigen und zu sichern, wenn die Arbeiterschaft dem Verbands die Treue wahr, wenn die Fortgeschrittenen ihre Verbandspflicht erfüllen und mitwirken am weiteren Ausbau der Organisation.

Gewiß, alles das sind alte bekannte Worte. Aber es ist notwendig, sie immer wieder in Erinnerung zu rufen, jenen, die auf halbem Wege stehen bleiben wollen, die sich müde fühlen, denen das Feuer der Begeisterung für eine gute Sache zu verlöschen droht. Diese müssen wir Stärkeren ein Stück weit mit vorwärtsziehen, damit sie aus unserer Zuversicht und Zielsicherheit wieder Selbstvertrauen und Vertrauen zur eigenen Sache schöpfen können.

Heranz, ihr Rufer zur Organisationsarbeit, heranz, ihr bewährten Kolleginnen und Kollegen, sammelt die Besten um euch und kündigt mit deren Hilfe allen Unorganisierten die alte Wahrheit aufs neue:

Nur Einigkeit macht stark. Und wenn ihr Unorganisierten euch Tag und Nacht das Gehirn zermartert, wie ihr unter Menschen menschlich leben könnt, kein anderer Weg zu diesem Ziel ist gangbar als der zur Organisation.

Wir fragen euch, ihr unorganisierten Arbeitskollegen und Kolleginnen: Wollt ihr zurück in die alten Verhältnisse vor dem Kriege? Wollt ihr den Vorstoß der Unternehmer gegen alle Errungenschaften der Organisation wehrlos gehen lassen? Wollt ihr den Kampf aufnehmen ohne

Waffen? Nein! ruft ihr tausendstimmig. Nun gut. Dann handelt entsprechend eurer Antwort! Schließt euch eurer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, an! Er ist euch Schutz und Schirm, Waffe und Wehr! Dann wollen wir gemeinsam, wie seither, beraten, gemeinsam kämpfen und uns gemeinsam unserer Erfolge freuen!

Heraus aus der Passivität! Schließt die Einheitsfront im Fabrikarbeiterverband!

### Wer

abseits der Organisation steht, beweist, daß er die große Mission der aufsteigenden Arbeiterklasse nicht begriffen hat. Wer mit der überlegenen Klarheit des Geistes die Zukunft geschaut, der

### kämpft

mit Begeisterung und Ausdauer für eine bessere Wirtschaftsordnung, die nur stufenweise erreicht werden kann. Der nur seiner Leidenschaft folgende Kämpfer erlahmt weit vor dem Ziel, der zähe von seiner Überzeugung geleitete Kämpfer

### erringt

Schritt für Schritt an Boden, er baut die Zukunft der Arbeiterschaft auf sicherem Untergrund. Wer die Erfahrung der Vorkämpfer mißachtet, der muß aus schweren Niederlagen lernen. Das braucht aber nicht zu

### sein

beim Einordnung in die Reihen der Kämpfenden, Unterordnung unter die Leitung, ohne die ein geschlossenes Handeln und erfolgreiches Wirken nicht möglich ist, führt zum

### Ziel.

### Die Tarifverträge am Ende des Jahres 1922.

Das 31. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, „Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1922“, nebst einem Anhang über die Reichstarifverträge am Ende des Jahres 1923, bearbeitet in der Reichsarbeitsverwaltung, ist erschienen und von der Verlagsbuchhandlung Reimar Hobbing, Berlin SW 11, Königgräber Straße 104, zu beziehen.

Es ist äußerst interessant, die Zahlen der Tarifstatistik aus den Jahren 1912 und 1922 gegenübergestellt zu sehen.

Jahr	Tarifverträge	für Betriebe	mit beschäftigten Personen
1912	10 739	159 930	1 574 285
1916	9 435	104 179	740 074
1922	10 768	890 237	14 261 106

Die Zahl der Tarifverträge hat sich kaum vermehrt, obwohl sich die Zahl der Betriebe fast verdreifacht und die Zahl der unter Tarif Beschäftigten fast verdreifacht hat. Die Erklärung hierfür ist allerdings höchst einfach. Sind doch durch die Reichs- und Bezirkstarifverträge eine große Zahl von Tarifen mit Einzelunternehmen fortgefallen, während zugleich durch die Abschlüsse der Verträge mit den Arbeitgeberverbänden mehr Firmen und mehr Arbeiter erfasst werden konnten als durch die Einzelverträge.

Die alte Erfahrung wird bei Betrachtung der Tarifstatistik auch für 1922 wieder erhärtet, daß die größten Erfolge der Arbeiterschaft bei Lohnabschlüssen ohne Streiks erzielt werden. Im Jahre 1922 sind 96,4 Prozent aller Tarifverträge für 96,4 Prozent aller Betriebe und 95,8 Prozent aller von der Tarifstatistik erfaßten Personen zustandekommen ohne Streik oder Aussperrung.

Von den im Berichtsjahr in Kraft getretenen Verträgen, die auf Grund von Schiedsprüchen zustandekommen sind, wurden 1041 216 Arbeitnehmer, das sind 13,1 Prozent aller Beteiligten, erfasst.

Die Zahl der Bezirkstarife ist in den letzten drei Jahren in einer ständigen Zunahme begriffen, während die Reichstarife einen Rückgang aufzuweisen haben. Im Jahre 1920 stiegen unter die Bezirkstarife 5 407 797 Arbeitnehmer, 1922 aber bereits 10 252 949. Das ist eine Steigerung von 56,5 auf 71,9 Prozent. Die Zahl der unter Reichstarif fallenden

Beschäftigten ging von 21,6 Prozent im Jahre 1920 auf 14,4 Prozent im Jahre 1922 zurück. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß ja die Reichstarife in erheblichem Umfange als Rahmenverträge abgeschlossen werden und den Rechtsboden abgeben für Bezirks- oder Ortstarife. Ende 1922 bestanden 87 Reichstarifverträge und 23 Rahmenverträge. Der Bearbeiter dieser Statistik hebt jedoch hervor, daß die Angaben hierüber recht mangelhaft resp. ungenau waren.

Unter den Gewerben, in denen die 48stündige Arbeitswoche vorherrscht, sind auch genannt die chemische, die Papier- und die Nahrungsmittel-Industrie, also Gebiete, in denen wir als Organisation in Frage kommen. Leider hat sich in den genannten Industriezweigen eine rückwärtsstrebende Tendenz unter den Unternehmern bemerkbar gemacht. Wie weit es gelingt, diese Tendenz, die in ihrer Wirkung große gesundheitliche Schäden in sich birgt, vorteilhaft zu beeinflussen, muß die Zukunft lehren.

Auch die Urlaubsfrage ist von der Statistik mit erfasst, da ja die tarifliche Regelung des Urlaubs seit Jahren erfolgt. 53,8 Prozent aller Personen haben nur Anspruch auf den Mindesturlaub von 3 Tagen. Am besten ist der Urlaub für die Angestellten geregelt. 42,4 Prozent der Angestellten hatten über 18 Tage Urlaub.

Die statistischen Ergebnisse sind nach Gewerbegruppen zusammengefaßt. Es ist also nicht möglich, z. B. die Zucker-Industrie, die Papierherstellung oder dergleichen Untergruppen für sich zu behandeln, da sie in der Gesamtgruppe aufgehen. Nur bei solchen Gewerbegruppen, die überwiegend in das Organisationsgebiet unseres Verbandes fallen, hat es Zweck, die Zahlen für sich darzustellen.

Im nachfolgenden bringen wir die Ergebnisse der Statistik in drei Gewerbegruppen.

Bestand am 31. Dezember 1922:

	Tarifverträge	für Betriebe	mit Beschäftigten
Chemische Industrie	74	2957	346 479
Papier-Industrie	91	7527	210 054
Industrie der Steine und Erden	656	9051	401 369

Die Zahl der Tarifverträge ist am kleinsten in der chemischen Industrie, weil hier die technische und organisatorische Zersplitterung nicht mehr vorhanden ist wie z. B. in der Industrie der Steine und Erden und hier wiederum in der Ziegel-Industrie.

Für das Jahr 1923 dürfte wahrscheinlich ein ungünstigeres Resultat herauskommen. Der Kampf gegen die tarifliche Bindung ist von verschiedenen Unternehmerverbänden resp. Unternehmern wieder aufgenommen. Die Unternehmer sollen aber nicht außer acht lassen, daß die Konjunkturen wechseln und daß sie durch eine reaktionäre Lohnpolitik die Arbeiterschaft immer beweglicher machen, weil ja die Arbeiterschaft, die tagtäglich vor dem Nichts steht, nichts zu verlieren hat.

### Aus der Industrie

#### Chemische Industrie

##### Das Agitationsflingblatt

für die chemische Industrie kann nunmehr vom Hauptvorstand bezogen werden. Alle Zahlstellenleitungen, in deren Bereich chemische Industrie liegt, werden ersucht, unverzüglich ihre Bestellungen aufzugeben und die Agitation mit Lust und Liebe zur Sache einzuleiten und mit Ausdauer durchzuführen. Nichtnachlassen zwingt alles.

##### Der Jagd der neuen Zeit.

Die Firma Springer u. Möller, Farbenfabrik in Leuzsch, kann der Arbeiterschaft sehr empfohlen werden. Der gute Ton im Umgang mit der Arbeiterschaft ergibt sich aus folgender

##### Bekanntmachung.

Die sanitären Anlagen in unserem Betrieb dienen der Belegschaft und sind derselben übergeben. Wenn von Verorechert die Anlagen zerstört werden, hat die Belegschaft Schaden davon. Der Erziehungszustand von vielen Leuten zeigt sich am deutlichsten auf die Art und Weise, wie sie mit den ihnen übergebenen Sachen umgehen; so werden die Schließel an den Schränken, wenn der Schließel vergessen ist, einfach heranzugerissen unter Zerstörung der Schränke selbst. Sinterher wird ganz selbstverständlich von der Firma verlangt, daß die Schränke wieder instandgesetzt werden sollen.

Wir betonen nochmals ausdrücklich, daß alle Anlagen zugunsten der Arbeiterschaft geschaffen sind, es also auch im Interesse der Belegschaft liegt, darüber zu wachen und auf unerzogene oder verbrecherische Elemente, wenn schon der Mut fehlt, sie aus ihren Reihen zu entfernen, wenigstens erzieherisch einzuwirken.

L-Leuzsch, den 25. Juni 1924.

(gez.) Saegenz

Zu wandern braucht sich die Belegschaft nicht, wenn sie vom Unternehmer in der Art und Weise behandelt wird, denn von Selbstlosigkeit und Solidarität ist hier nichts zu spüren. Andererseits aber muß festgestellt werden, daß sich die Firma in ihrer Bekanntmachung nicht der sanitären Anlagen zu rühmen braucht. Vielleicht nimmt das Gewerbeaufsichtsamt einmal Gelegenheit, der Firma aufzugeben, sanitäre Einrichtungen zu treffen.



Wir leiden zur Zeit in der Ziegel-Industrie an einer starken Überproduktion. Die selbsthaftige Ursache in den technischen Fortschritten, die in den letzten Jahren in der Ziegelindustrie gemacht sind. Als von Arbeitnehmersseite darauf hingewiesen wurde, daß dann der Schrei nach Mehrarbeit nicht angebracht wäre und daß man mit der bisherigen Arbeitszeit mehr erzeugt hätte an Ziegelprodukten, als abgesetzt werden könnte, erklärt der Arbeitgeber: „Nun ja, das ist nun einmal so.“ Also, die Mode wird mitgemacht.

In einem Bezirke verlangten die Arbeitgeber der Kalksandsteinindustrie fürmisch die Einführung der 10- und 12stündigen Arbeitszeit. Die Arbeiter erklärten, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht angebracht sei, daß bei der achtstündigen Arbeitszeit mehr Steine auf dem Platz seien, als das jemals der Fall gewesen wäre, und daß alle Ansprüche der Abnehmer in vollstem Maße befriedigt werden könnten. Die technischen Einrichtungen des Betriebes seien so, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht erforderlich sei. Diese Tatsachen wurden von den Arbeitgebern alle bestritten. Wenige Wochen später war von dem in Frage kommenden Bezirke in den Tageszeitungen folgendes zu lesen:

Seit Jahr und Tag bemühen sich die für den Hamburger Markt in Betracht kommenden Ziegeleien und Kalksandsteinwerke, sich zu einer Verkaufsstelle zusammenzuschließen. Beweggrund ist die große Übererzeugung, die geordnete Produktionsverhältnisse unmöglich macht.

Die Arbeitgeber in einem Bezirk der Gips-Industrie verlangten von den Arbeitnehmern die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit. Die Arbeiter lehnten die Einführung einer längeren Arbeitszeit ab. Sie haben zur Zeit einen Stundenlohn von 27 Pf., sie fordern einen Stundenlohn von 42 Pf. 8 Stunden à 27 Pf. = 2,16 Mk., 8 Stunden à 42 Pf. = 3,36 Mk., Erhöhung: 55,5 Prozent. Der unparteiische Vorsitzende schlug eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pf. vor. Die Arbeitnehmer erachteten diesen Vorschlag als zu gering. Daraufhin machte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes folgende Rechnung auf:

- bei 8stündiger Arbeitszeit à Stunde 33 Pf. = 2,64 Mk. = 22,2 % Lohnerhöhung;
- bei 9stündiger Arbeitszeit à Stunde 33 Pf. = 2,97 Mk. = 37,5 % Lohnerhöhung;
- bei 10stündiger Arbeitszeit à Stunde 3 Pf. = 3,30 Mk. = 52,8 % Lohnerhöhung.

Wenn die Arbeiterschaft 3,36 Mk. fordert, so sind wir bereit, ihnen im weitesten Maße entgegenzukommen, aber sie müssen 10 Stunden arbeiten. Wer 12 Stunden arbeitet, verdient noch ein bedeutendes mehr, als er gefordert hat.

Ein anderer Arbeitgeberverband macht die Sache einfacher und übersichtlicher und sagt klar und deutlich, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nicht Steigerung der Produktion bedeutet, sondern Herabsetzung der Löhne, indem er schreibt:

Unsere Forderung geht dahin, die jetzt bestehenden Stundenlöhne um 25 Prozent herabzusetzen, dagegen aber der Arbeiterschaft zu gestatten, täglich 10 Stunden zu arbeiten, damit dieselben einen Ausfall am Verdienst nicht erleiden.

W. Scheinhardt.

**Lohnabschlüsse in der Industrie der Steine und Erden.**

In Nr. 26 des „Proletariats“ vom 28. Juni ist der Spitzenlohn in der feuerfesten Industrie für den Bezirk Köln mit 46 Pf. angegeben. Diese Mitteilung ist irrig. Der Spitzenlohn beträgt für Köln 51 Pf. pro Stunde.

**Ziegel-Industrie.**

- Höchst a. Main: Der Spitzenlohn beträgt 57 Pf. pro Stunde.
- Zeitz: Der Spitzenlohn beträgt 49 Pf. pro Stunde.
- Baden: Der Spitzenlohn in Ortsklasse Ia beträgt 51 Pf. pro Stunde. In diesem Lohn erhalten angelernte Arbeiter einen Zuschlag von 2 Prozent, Ofenarbeiter einen solchen von 4 Prozent.

**Zementwaren- und Kunststein-Industrie.**

Chemnitz und Umgegend: Der Spitzenlohn beträgt 77 Pf. pro Stunde.

**Zement-Industrie.**

- Thüringen: Der Stundenlohn für Facharbeiter in der I. Ortsklasse beträgt 48 Pf., für den angelernten Arbeiter 43 Pf.
- Karlstadt i. Bayern: Der Spitzenlohn beträgt 45 Pf. pro Stunde. In dem obengenannten Lohn wird eine soziale Zulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt.

**Speckstein- und Stearlit-Industrie.**

Nordbayern: In der I. Ortsklasse beträgt der Spitzenlohn 50 Pf. pro Stunde.

**Kreideschlemmerei- und Rohkreidebrüche.**

Auf Jamsund: Der Spitzenlohn beträgt 41 Pf. pro Stunde.

**Torf-Industrie.**

Chemnitz (Reichenhain): Der Spitzenlohn beträgt 44 Pf. pro Stunde.

**Gips-Industrie.**

Oberthain: Der Spitzenlohn beträgt 46 Pf. pro Stunde.

**Wie die Ziegeleibesitzer in Mülheim-Ruhr mit ihren Ziegeln verfahren.**

Auf den Ringofenziegeleien der Firma Hermann Becker, Expedition, herrschen in diesem Jahre sehr große Mißstände. Auf der Ziegelei Werdener Weg ist ein Meister mit Namen Kreet angestellt, der aus dem Dorfe Meierberg (Zippe) stammt. Man könnte glauben, er komme direkt aus einem zoologischen Garten, so wunderschöne Ausbrüche gebraucht er für seine „Untergebenen“. Gehehe existieren für Meister Kreet wie auch für den Ziegeleibesitzer nicht. Alles, was von der Firma angeordnet wird, müssen die Arbeiter schlucken. Den Brennern auf beiden Werken, in Mülheim wie in Mülheim-Broich, wird zugemutet, 12 Stunden zu ar-

**Der**

erste Schritt zur Befreiung der Arbeiterschaft aus Knechtschaft und Lohnsklaverei war die Schaffung der Organisation, der Zusammenschluß vieler zur Einheit, mit dem Willen zur Tat, mit dem Willen zum

**Kampf**

um mehr Freiheit, um Gleichberechtigung, um ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Existenzbedingungen für die Arbeiterschaft. Während der einzelne Arbeiter im Wirtschaftskampfe als der Schwächere unterliegen muß, kann solidarisch zusammenwirken aller im Kampf

**uns**

Brot Erfolge erringen und erhalten. Konzentrierter Wille unter verantwortlicher kluger Leitung vermag allein der Arbeiterschaft die ihr im Wirtschaftsleben zukommende Stellung zu sichern. Der Kampf um dieses Recht ist zugleich der Kampf um das tägliche

**Brot.**

beissen, bei Bezahlung von nur 10 Stunden. Als wir nun dieserhalb die Klage beim Mülheimer Gewerbegericht einreichten, erklärte sich der Firmenvertreter sofort damit einverstanden, den Leuten 12 Stunden auszuzahlen. Zu gleicher Zeit wurde das Mülheimer Werk stillgelegt mit der Begründung, es sei kein Absatz vorhanden. Auf dem Ziegelwerk in Mülheim-Broich war derselbe Fall mit den Brennern zu verzeichnen. Nach Einreichung der Klage ließ die Firma den Leuten mitteilen, wenn die Klage nicht zurückgezogen würde, würde der Betrieb sofort geschlossen. Das Unternehmerum geht also darauf aus, die Arbeiter bis aufs äußerste zu schikanieren. Darum heißt es für jeden Ziegler:

Ginein in die Organisation, damit nicht die Ziegeleibesitzer mit den Arbeitern schindeln können. Zuerst locken die Ziegeleibesitzer die Arbeiter aus der Fremde hierher, und sind sie einmal auf der Arbeitsstätte, so glauben die Ziegeleibesitzer mit den Arbeitern machen zu können, was sie wollen. Darum, Kollegen, seid vorsichtig, wenn ihr im nächsten Jahre Arbeit in Mülheim-Ruhr annehmt, damit ihr nicht noch einmal in ein solches Joch hineingetrieben werdet!

**Elze-Cronau. Ich zahle euch immer etwas mehr als die anderen Werke, wenn ihr aus dem Verband austretet, so lautete die Parole des Herrn Heckmann von den Vereinigten Osterwald-Salzhemmendorfer Kalkwerken.**

Die Arbeiterschaft war sichtig genug, auf diesen Leim zu kriechen. Prompt stellte die Mehrzahl der Kollegen die Beitragszahlung ein, ohne jedoch ihren Austritt zu erklären. Schon nach kurzer Zeit sollten den Leichtgläubigen die Augen geöffnet werden. Nachdem der Keil in die Arbeiterschaft getrieben war, sollten sie auch bald die Früchte ihrer Uneinigkeit ernten. Anstatt Mehrbezahlung gab es Lohnabbau, so daß die Löhne bis 13 Pf. pro Stunde niedriger waren als auf den anderen Werken. Herr Heckmann wollte aber sein Versprechen soweit wie möglich halten. Als Ausgleich für den durch den Lohnabbau verloren gegangenen Verdienst schenkte er der Arbeiterschaft den 3ten und 4ten Tag.

Nach und nach fing es in den Köpfen der vertrauensseligen Arbeiterschaft an zu dämmern, wohin sie ihre Uneinigkeit führt. Die Firma war nicht so dumm wie die Arbeiter, sie hielt ihrer Organisation die Treue. Die Arbeiter verjachten ohne Verband ihre Lage zu verbessern, sie fanden aber bei ihrem Herrn für solche Dinge keine Gegenliebe. Sie erkannten nun, nachdem sie recht bittere Erfahrungen gemacht hatten, daß sie als Alleinlebende dem profitgierigen Unternehmerium machtlos gegenüberstehen. Die meisten fanden den Weg zur Organisation zurück. In einer Versammlung gelobten die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß die frähere Einheit wiederhergestellt werde. Der Vertreter des Verbandes wurde sofort beauftragt, für sie die gleichen Forderungen einzureichen, wie es für die anderen Werke bereits geschehen war. Die darauffolgenden Verhandlungen führten, wie man bei der Einstellung der Firma voraussehen konnte, zu keinem Ergebnis. Zur Urlaubsfrage erklärte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes: „Ich kann überhaupt nicht verstehen, daß die Arbeiter Urlaub verlangen; sie haben doch 8 bis 12 Wochen gehabt.“ Damit ist die Zeit gemeint, in der die Arbeiter arbeiten mußten, also keinen Verdienst hatten. Am 7. Juni wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, welcher 33 Pf. für den Vollarbeiter über 20 Jahre vorsah; Verheiratete 2 Pf. mehr.

Dieser Schiedsspruch wurde von der Firma als untragbar abgelehnt. Ein nochmaliger Versuch bei der Firma wie bei

dem Arbeitgeberverband, zu einer Einigung zu gelangen, scheiterte an dem Starrsinn des Arbeitgebers.

Die Arbeiterschaft war nun vor die Frage gestellt, sich der Willkür des Herrn Heckmann weiter zu unterwerfen oder sich durch Kampf das zu erringen, was ihre Kollegen der anderen Werke dank ihrer Geschlossenheit auf dem Verhandlungswege erreicht haben. In geheimer Abstimmung wurde gegen drei Stimmen der Streik beschlossen. Daß sich Arbeitswillige finden werden, welche zu diesen fürstlichen Löhnen täglich zehn Stunden in Staub und Hitze schuften wollen, befürchten wir nicht.

Paul Richter.

**Ist denn das christlich?**

Im „Gut Brand“ Nr. 7 vom 7. Juni 1924, dem sogenannten Zentralblatt für die Ziegel-Industrie, hat der christliche Bezirksleiter von Hildesheim versucht, sein Lichtlein in einer Art und Weise leuchten zu lassen, wie man es in gewerkschaftlichen Kreisen nur von Christen gewohnt ist. Er versucht in diesem Artikel den Nachweis zu erbringen, daß der Fabrikarbeiterverband die Schuld an den schlechten Verhältnissen in der Ziegel-Industrie habe.

Vor den hier angezogenen Verhandlungen war für die Ziegelindustrie der Bezirk Braunschweig und Hannover ein Tarifgebiet. Durch die Stellungnahme der Arbeitgebervereinigung der Ziegel-Industriellen des Bezirks Braunschweig waren die Vertragskontrahenten auf Arbeitnehmersseite gezwungen, wenn es überhaupt wieder zu einem Vertragsverhältnis mit den Arbeitgebern kommen sollte, einen gesonderten Vertrag mit den Ziegel-Industriellen abzuschließen. Zu diesem Zwecke arbeitete der Kollege Genzen, Braunschweig, einen Entwurf aus, den er dem Angestellten des christlichen Verbandes, Herrn Westfahl in Hildesheim, zustellte mit dem Bemerken, daß er nach Zustimmung mit seinen Kollegen nach Braunschweig mitteilen möge, wie sich der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband zu diesem Entwurf stelle. Mit Ausnahme von zwei Abänderungen, die nebensächlicher Natur waren, gab er seine Zustimmung, daß der Entwurf so den Arbeitgebern eingereicht werden solle. Mit diesem Entwurf des Rahmenvertrages wurde gemeinschaftlich eine neue Lohnliste den Arbeitgebern unterbreitet. Wenn von Herrn Westfahl angeführt wird, daß er zu den Hauptverhandlungen nicht geladen worden sei, so muß festgestellt werden, daß überhaupt keine Verhandlungen stattgefunden haben, sondern, nachdem unser Vertreter, der Kollege Genzen, Braunschweig, mit den Arbeitgebern einen Termin bestimmen wollte zu den Lohnverhandlungen, lehnten letztere Verhandlungen über die Streiffrage vor. Ofters ab, was uns veranlaßte, sofort den amtlichen Schlichtungs-Ausschuß in Braunschweig anzurufen, wovon auch Westfahl Mitteilung bekam. An den Verhandlungen beim Schlichtungs-Ausschuß hat Westfahl teilgenommen, so daß gar keine Ursache vorliegt, sich zu beschweren. Am 14. 4. erhielt unser Geschäftsführer in Braunschweig vom Arbeitgeberverband die Nachricht, daß der von uns überhandte Rahmenvertragsentwurf mit einigen Abänderungen angenommen sei. Sie wünschten bis 16. 4. Nachricht, ob wir dem abgeänderten Entwurf unsere Zustimmung geben könnten. Dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes wurde nach telefonischer Rücksprache mit dem christlichen Vertreter mitgeteilt, daß die Arbeitnehmer diesem Entwurfe des Rahmenvertrages ihre Zustimmung nicht geben könnten. Da die Arbeitgeber bei Erhalt dieser Mitteilung eine Besprechung abhielten, wurde unser Kollege Genzen gebeten, die Wünsche der Arbeiter den Arbeitgebern einmal persönlich zu unterbreiten, was zur Folge hatte, daß die Urlaubsfrage in unserer Fassung angenommen wurde. Die Saisonarbeiter sollten auch jetzt noch keinen Urlaub bekommen, sondern erst nach der Saison eine Prämie ausbezahlt bekommen. Hierzu konnte Genzen seine Zustimmung nicht geben, da er den Arbeitgebern erklärte, daß er hierzu erst das Einverständnis des Mitkontrahenten einholen müsse. So waren wir gezwungen, den Schlichtungs-Ausschuß wegen einiger noch offener Streiffragen anzurufen, wobei auch ein Schiedsspruch zustande kam.

Unwahr ist, daß der Gewerbeverein jemals von uns aufgefordert worden ist, den Tarif zu unterschreiben. Bei jeder Abmachung usw. ist teils mündlich, teils schriftlich erst eine Verständigung herbeigeführt worden.

Wir müssen uns nach den letzten Erfahrungen mit den christlichen Vertretern doch überlegen, ob für die Zukunft bei ihrer verschwindend kleinen Mitgliederzahl überhaupt noch gemeinschaftliche Verhandlungen möglich sind. Aberall, wo gemeinschaftlich etwas unternommen wird, muß auch Vertrauen zueinander vorhanden sein, was bei den Christen anscheinend durch das Sprichwort ersetzt wird:

„A bittert Lieb, a bittert Tren, a bittert Falschheit ist allemal dabei.“

**Verschiedene Industrien**

**Die Tariffrage der Unternehmer.**

Zwischen den im Freistaat Sachsen gelegenen Wachs- und Lederbuchfabriken und dem Verband der Fabrikarbeiter bestanden seit vielen Jahren Vertriebsverträge. Die Bestimmungen allgemeiner Natur enthielten, wie Ferien und so weiter. Später schlossen die Fabriken sich zu einem Arbeitgeberverband zusammen, um die Lohnfrage nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln bzw. lästige Konkurrenz loszuwerden. Die Firma Lederbuchfabrik Bernhard Maerker in Treuen i. Sa. wurde ebenfalls Mitglied des Arbeitgeberverbandes mit dem Sitz in Leipzig. Bis zum Jahre 1923 galten für jeden Betrieb die alten Rahmenvertragsbestimmungen, wie sie mit den Firmen einzeln festgelegt wurden. Unser Verband drängte nicht dazu, für diese Industrie einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschließen, weil darin kein Vorteil für die Arbeiterschaft zu erblicken war. Anders der Arbeitgeberverband. Wir wurden unter Strafandrohung vor den Schlichtungsausschuß in Leipzig geladen, um einen Gesamtvertrag zu schaffen. Alle Instanzen bis zum Landesgeschäftler haben sich mit der Angelegenheit beschäftigt, und so wurde am 8. Februar 1924 ein Rahmenvertrag für alle Lederbuchfabriken abgeschlossen und mit Wirkung vom 1. März für verbindlich erklärt.

Auf Grund dieses Rahmenvertrages wurde am 24. Mai 1924 nach sehr langen Verhandlungen ein Lohnvertrag abgeschlossen, welcher vom 7. April bis 17. Mai 1924 in der Spitze einen Stundenlohn von 47 Pf. für Arbeiter über 21 Jahre vorsah, für die Zeit vom 18. Mai bis 19. Juni einen Spitzenlohn von 50 Pf. Auch dieser Lohnvertrag wurde für verbindlich erklärt.

Der Firma Bernhard Maerker, vertreten durch Direktor Müller, sind die zuletzt genannten Löhne zu hoch. Die Firma trat zunächst aus dem Arbeitgeberverband aus, was sätzungsgemäß erst zum Jahreschluß möglich ist. Die Arbeiterschaft verlangte trotzdem ihren Tariflohn. Darauf beantragte die Firma Stilllegung des Betriebes, wozu ihr auch von der Gewerbeinspektion die Zustimmung erteilt wurde. Daß ein stillgelegter Betrieb für eine Aktiengesellschaft aber niemals rentabel sein kann, das hat die Firma Ed. Kessel in Lannenbergstal, auch Wachs- und Lederbuchfabrik und ursprüngliche Gründerin des Arbeitgeberverbandes, am besten erfahren. Diese Firma hatte ihren Betrieb beinahe ein Vierteljahr stillgelegt, um die

Arbeitschaft vollständig anzuhängern. Die Firma Maerker wollte aber nicht dieselben schlechten Erfahrungen machen und mußte daher die Arbeitschaft vorher zwingen, sich dem Nachstandspunkt des Direktors Müller zu fügen. Zu diesem Zweck wurde von dieser Firma am 18. Juni folgender Anschlag herausgegeben:

Am Sonnabend, dem 21. Juni, wird, wie bereits bekanntgegeben, der Betrieb stillgelegt. Für den Fall der Wiederaufnahme des Betriebes sind wir infolge der wirtschaftlichen Lage gezwungen, von der neu eingestellten Belegschaft die Anerkennung der folgenden Punkte zu fordern:

I. Die Firma lehnt es ab, in irgend einer Weise mit der Gewerkschaft zu verhandeln. Verhandlungen werden nur unmittelbar mit der Belegschaft gepflogen.

II. Die Belegschaft verpflichtet sich, keine Mehrforderungen in Lohnzahlung und Urlaubsgewährung zu stellen, als durch die Festsetzung durch Bekanntmachung vom 31. 5. erfolgt ist.

III. Die Belegschaft ist damit einverstanden, daß die künftigen Lohnverhandlungen, die zwischen Firma und der Belegschaft unmittelbar erfolgen, als Basis das Mittel der Löhne der hiesigen Webereien und der Firma Kunz dient. An einen Abbau der bisherigen Löhne ist zunächst nicht gedacht.

So weit die Bekanntmachung. Um nun die Betriebsstilllegung zu verhindern, eben weil die Firma damit kein Geschäft machen konnte, hat man den Arbeitern eine Drucksache in Form einer frankierten Postkarte zugesandt, die von den Arbeitern unterschrieben und an die Firma zurückgeschickt werden sollte. Der Text dieser Karte lautete:

Ich erkläre mich hiermit ausdrücklich mit den 3 Punkten der Bekanntmachung der Firma Ledertuchfabrik Bernhard Maerker, A.-G. in Treuen, vom 18. 6. 24 einverstanden. Die Firma verpflichtet sich hiergegen, mich bei Wiederaufnahme des Betriebes wieder einzustellen. Treuen i. Sa., den .....

Unterschrift:

Jam Absatz II der Bekanntmachung ist zu bemerken, daß die Firma nicht den Spitzenlohn von 50 Pf., sondern nur 47 Pf. zahlen will und anstatt der 9 Tage Ferien, die der Rahmentarif vorsieht, nur 6 Tage zugesteht. Also ganz bedeutende Verschlechterungen, die man den Arbeitern zumutet.

Mehr Terror, als diese Firma getrieben, kann nicht gut angewendet werden. Was würde die bürgerliche Presse für Löhne anschlagen, und was würde die Unternehmerschaft und was würden die Behörden wohl dazu sagen, wenn von Seiten der Arbeitschaft mit gleichen Mitteln versucht würde, von einem verbindlichen Schiedspruch bzw. Tarifvertrag abzugehen?

Die Verhandlungen, die am Sonnabend, dem 21. Juni, mit der Firma und der Belegschaft stattgefunden haben, verweichten nicht die Firma einzustimmen und auf die Unterschriften zu verzichten, trotzdem die Mitglieder der Verhandlungskommission durchblicken ließen, eine Verständigung auf eine auch die Firma befriedigende Weise sei möglich. Herr Direktor Müller erklärte, wer nicht unterschreibt, wird entlassen, mit der Gewerkschaft verhandle er nicht und weitere Zugeständnisse gibt es auch nicht.

Gegenüber durch die wirtschaftliche Not und um einer langen Arbeitslosigkeit zu entgehen — denn in Treuen und der weiteren Umgebung ist mit Einkstellungen von Arbeitern zur Zeit nicht zu rechnen —, ist fast die gesamte Belegschaft dem Terror unterlegen und hat unterschrieben.

Aber die Belegschaft hat sich auch vorbehalten, bei der ersten besten Gelegenheit der Firma zu zeigen, daß man nicht angefaßt die Arbeitschaft um ihre Rechte bringen und um den Tariflohn bestrafen darf.

Dieser Vorgang beweist aber ganz besonders deutlich, was es mit den Gründen der Arbeitgeber auf sich hat, wenn sie bei den Behörden um die Genehmigung nachsuchen, den Betrieb stillzulegen. Es wagt sich weiter die Frage auf: Ist die sächsische Regierung, ist der Landesminister oder das Reichsarbeitsministerium in der Lage, den dortigen Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen? Wir fragen weiter: Wird sich ein Staatsanwalt finden, der gegen das Vorgehen der Firma eingreifen wird? U. A. m. g.

**Aus der Oberhauer Webstuhlfabrik Ostin Jechlich.**

Die Firma Ostin Jechlich in Oberhausen verleiht bereits im Januar von den Lohnvertragslosen Bestimmungen loszukommen, um Löhne zu zahlen, die ihr zahlen. Auch in der Folgezeit, als der Tarifvertrag bereits 23 Pf. vorsah, hat es die Firma für richtig gehalten, den Arbeitern nur 9 Pf. zu zahlen. Erst in letzter Zeit zahlt sie einen Lohn von 23 und 25 Pf. Dabei wird der Arbeiter nicht genannt, ohne Gewerkschaft zugehörig und mehr Stunden zu arbeiten. Warum wegen dieser Handlungsweise der Firma ist bereits vom Gewerkschaftsrat Lamsberg bei der Staatsanwaltschaft eingeklagt.

Da die Firma aber nun weiß, daß solange die Arbeiterinnen einer Organisation angehören, sie mit ihrer Arbeitskraft nicht durchkommen, so versucht sie es auf andere Weise. Es ist in diesem Bericht in letzter Zeit ein junger Mann im Alter von 23 Jahren als Fabrikarbeiter eingestellt worden, der in Gemeinschaft mit dem Proletarier Heide die Arbeitschaft zu bewegen sucht, der Organisation den Rücken zu kehren.

Vor einiger Zeit hat die Firma Jechlich im Betrieb mit der Arbeitschaft eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Es war aber nur nicht etwa den Arbeitern freigegeben, in dieser Vereinbarung teilzunehmen, sondern sämtliche Löhne des Fabrikarbeiters waren festgelegt. Arbeitern waren gegönnt, an dieser Vereinbarung teilzunehmen, in der dem Fabrikarbeiter als Tarifvertragsloser eintrat und der Proletarier Heide mit auszeichnete. Die Arbeitern wurden angefordert, aus dem Fabrikarbeiterverband auszutreten und einen schriftlichen Verzicht zu erteilen; sie wurden dort nicht mehr pro Woche 30 Pf., sondern nur noch 10 Pf. zu zahlen und erhielten dann in Hof- und Stubezimmer Unterbringung. Dem Junge sagend, erklärten die Arbeiterinnen sich zum Contenten in dieser schriftlichen Vereinbarung bereit und leisteten die verlangte Unterschrift.

Wir wenden uns ganz entschieden gegen eine derartige verfassungswidrige Handlung und werden gegen die Firma Jechlich wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Konventionsfreiheit Anzeige erheben.

Wir die Arbeiter und Arbeiterinnen des Erzgebirges, insbesondere in Oberhausen, möchten wir die dringende Mahnung richten, sich nicht von der Arbeits- und Lohnvertragslosen ihrer Rechte zu kenne. Gerade an ihnen, den Erzhäuer, Webern und Webstuhlfabrikanten, liegt nun größter Teil die Schuld mit, daß derartige Zustände eintreten können. Nicht eure Kinder auf und werft sie darauf hin, daß sie sich nicht wie vor hilflos dem Verbot der Fabrikarbeiter, Job-

stelle Chemnitz anschließen, der gerade jetzt wieder dran ist, eine Regelung des Urlaubes, der Arbeitszeit und anderer sozialer Fragen in die Wege zu leiten und einen neuen Tarifvertrag zu schaffen.

Den Arbeiterinnen bei der Firma Jechlich sei gesagt, daß, wenn sie jetzt ihrer bewährten Organisation den Rücken kehren, die Verhältnisse noch viel schlechter werden als früher.

Die Firma versucht nun in einem Flugblatt, das sie an ihre Arbeiter verteilt hat, die von uns aufgestellte Behauptung zu entkräften, und weist u. a. darauf hin, daß der Fabrikmeister Oswald der Masador für die Gründung des Arbeitervereins ist und erklärt weiter mündlich in dem Flugblatt: Ob Sie nebenbei dann noch in einer Gewerkschaft sind, kann mir gleich sein, daß es mir lieber wäre, Sie in einer anständig und mäßig gestimmten Gewerkschaft zu sehen, als im Fabrikarbeiter-Verband, verhehle ich nicht. Dieser Absatz bestätigt also unweifelhaft, daß die Firma als Gründerin dieses Werkvereins anzusehen ist.

Mit allen Mitteln wird gegen die Organisation gearbeitet, lediglich um wieder zu den Zuständen zu kommen, wie sie früher be-

stand haben, vielleicht zu einem Lohn von 10 und 12 Pf. und noch weniger zu gelangen, den Arbeiterinnen Ferien usw. nicht zu gewähren. Erklärte doch Herr Jechlich erst vor kurzem, daß er diesesmal Ferien nicht bezahlen könne; als er dann vom Schlichtungsausschuß Chemnitz zur Gewährung der Ferien in derselben Höhe wie im Vorjahre verurteilt wurde, behauptete er noch in einem Flugblatt, daß er die alten Ferien freiwillig gewähre.

Das sächsische Arbeitsministerium anerkennt leider die Firma in ihrem Vorgehen gegen die Gewerkschaften.

Anlässlich einer Verhandlung vor der Kreishauptmannschaft Chemnitz über die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches, welcher vom Schlichtungsausschuß Chemnitz wegen Regelung der Urlaubsfragen und des Manteltarifvertrags für den Betrieb der Firma Jechlich gefällt worden war, wurde von Seiten der Firma damit operiert und versucht, die Verbindlichkeitsklärung illusorisch zu machen, daß im Betrieb jetzt ein Werkverein bestünde, mit dem ein eigener Tarifvertrag abgeschlossen sei, also der Fabrikarbeiterverband keine Befugnisse mehr habe, die Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiterinnen zu regeln. In dieser Sitzung haben wir von dem Vertreter der Firma, Herrn Direktor Hesse, erfahren, daß das sächsische Arbeitsministerium selbst die Wege gezeigt habe, wie man es machen könne, um von der freien Gewerkschaft, dem Fabrikarbeiterverband, loszukommen, daß man nicht mehr mit ihm zu verhandeln braucht. Man habe ihnen (den Unternehmern) dort am sächsischen Arbeitsministerium Winke gegeben, im Betrieb einen Werkverein zu gründen. Damit ist erwiesen, daß das sächsische Arbeitsministerium sich einseitig für die Unternehmung für die Gründung von gelben Gewerkschaften eingesetzt hat. Wir müssen mit aller Entschiedenheit gegen ein derartiges Verhalten des sächsischen Arbeitsministeriums Protest erheben und über diesen Fall Anrufung verlangen.

**Wer aus Unverstand oder gar aus unschönem Geiz den Verbandsbeitrag „sparen“ will, der ist nicht**

gut beraten. Er wird sehr bald einsehen, daß er mit seinem unsolidarischen Verhalten,

mit seinem eigenartigen Sparsystem auf keinen grünen Zweig kommt. Wer sagt, ich wirke für „mich“, statt für

uns,

der handelt egoistisch, ihm fehlen Lebensideale höheren Wertes, er

ist

ein Mensch, der, in sein Ich eingekapselt, sozialen Gedanken unzugänglich ist. Er handelt

gegen

seine Arbeitsgenossen und schadet damit zugleich sich selbst. Also fort mit dem egoistischen Ich. Was wir als Arbeiter tun, soll stets getan werden unter dem Motto: Für

uns.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Stunden-Schicht im Winterraum und das viele Überstunden-schlehen im ganzen Werke.

Nachdem Schreiber dieses Aufsatzes den Kollegen Feustel auf diese Zustände aufmerksam gemacht hatte, wurde von demselben eine Aussprache mit der Betriebsleitung veranlaßt, die zur Folge hatte, daß vom 26. Juni an wieder 8 Stunden pro Tag gearbeitet wird.

Wie mir ein oppositioneller Arbeiterrat mitteilt, hätte derselbe seine Freude über das Verhalten Feustels gehabt, denn so werden wirklich Arbeiterinteressen vertreten.

An dieser Stelle möchte ich den andern Verbandsangehörigen raten, wenn diese Uneinigkeit im Werke verschwinden soll, bei den Belegschaftsversammlungen diesen Oppositionellen nicht Wasser auf ihre Mühlen zu geben, sondern auch etwas auf ihre Schultern zu nehmen und nicht immer von Verrat der Spitzen zu reden. Also, eigenen Mut beweisen und nicht durch Schimpfen auf andere Mut vorläuschen. Den Kollegen und Kolleginnen der Milka aber rufe ich zu, bezahlt eure Verbandsbeiträge weiser und feist eutig, dann werden die Funktionäre eure Rechte wahrnehmen können.

Ein Kollege der Milka.

**Internationale Arbeiterbewegung.**

**Kongress des Argentinischen Gewerkschaftsbundes.**

Die Union Sindical Argentina, der argentinische Gewerkschaftsbund, hat im April d. J. seinen ordentlichen Kongress abgehalten. Die Organisation, die früher dem I.O.B. angeschlossen war, ist später im Interesse der nationalen Einheit wieder ausgetreten. Ein wichtiger der behandelten Punkte war die Frage der Aufrechterhaltung der Autonomie oder des Anschlusses an die Rote Gewerkschafts-Internationale. Die Abstimmung zeigte das Resultat, daß sich 16 312 Stimmen für die Autonomie und trotz der von den Kommunisten eingeleiteten Kampagne nur 444 Stimmen für den Anschluß an Moskau aussprachen.

**Die Arbeiterbewegung auf Kuba.**

Auf Kuba, das 3 200 000 Einwohner zählt, gibt es zirka 150 000 organisierte Arbeiter. Am besten organisiert sind die Tabakarbeiter, Gasenarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Eisenbahnangestellten, die Schreiner und die Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie. Die größten Organisationen haben die Eisenbahner mit 50 000 und die Labakarbeiter mit 20 000 Mitgliedern. Die kubanische Regierung hat es indessen nicht für nötig erachtet, anlässlich der letzten Internationalen Arbeitskonferenz einen Arbeiterdelegierten zu ernennen. Als Grund führte sie das Fehlen einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung an. Die Arbeitergruppe hat auf der Konferenz mehrere Male wegen der Abordnung unvollständiger Delegationen protestiert, und zwar mit dem Erfolg, daß nun auf der im Genf tagenden Arbeitskonferenz tatsächlich ein kubanischer Arbeiterdelegierter anwesend ist.

**Verbandsnachrichten.**

**Flugblätter zur Agitation.**

Die Bau- und Zahlstellenleitungen seien darauf aufmerksam gemacht, daß die zur Agitation notwendigen Flugblätter für die chemische Industrie, für die Papier-Industrie, für die Ziegel-Industrie, für die Nahrungsmittel-Industrie und ein Flugblatt für die allgemeine Agitation bereit liegen.

Desgleichen können vom Hauptvorstand wieder bezogen werden gedruckte „Mahnschreiben“ an Mitglieder mit Beitragsrückständen.

Die Zahlstellenleitungen wollen alsbald die Zahl der von ihnen benötigten Exemplare der hier genannten Druckschriften beim Hauptvorstand bestellen und ansiebigen Gebrauch davon machen im Interesse der Gesamtorganisation. Es gilt, den Aufbau des Verbandes mit aller Fähigkeit zur Durchführung zu bringen.

**Das Agitationsflugblatt**

für die Nahrungsmittel-Industrie liegt verfanbereit. Die Zahlstellen mit Nahrungsmittelbetrieben werden ersucht, ihre Agitation schnellstens einzuleiten und die benötigte Zahl von Flugblättern beim Hauptvorstand zu bestellen. Überall muß die Agitation aufgenommen werden. Es muß wieder vorwärts gehen, denn Stillstand heißt Rückgang.

**Reisekontrollschein!**

Aus den verschiedensten Gründen ist seit Kriegsbeginn das Reisen unserer erwerbslosen Mitglieder fast ganz außer Übung gekommen. Nachgedrungen muß jedoch heute wieder mancher Kollege zum Wanderschaft greifen. Deshalb sei sowohl den Mitgliedern wie auch den Zahlstellenleitungen in Erinnerung gerufen, daß abreisende Mitglieder sich bei der seitherigen Ortsverwaltung abmelden müssen und daß die Zahlstellenleitung dem Abreisenden einen Reisekontrollschein auszuhandigen hat, falls das betreffende Mitglied seit 12 Monaten Mitglied des Verbandes ist, 52 volle Wochenbeiträge geleistet hat und nicht ausgesetzt ist. Nur wer im Besitze eines Reisekontrollscheines ist, erhält Unterstützung. Anweisungen für die Auszahlung sind gegeben im Nachschlagebuch von 1921, Seite 7 bis 80.

**Falsche Papiere.**

Auf der Gemeindezegelei in Schonnebeck sind dem Vertrauensmann der Zahlstelle Essen, Richard Sah, die Geburtsurkunde und sonstige Papiere sowie die Briefstafche mit einer größeren Summe Geld gestohlen worden. Sollten irgendwo Papiere auf den Namen Richard Sah vorgezeigt werden, so bitten wir die Festnahme des Vorzeigers veranlassen zu wollen und die Papiere an die Zahlstelle Essen einzulassen.

**Anzugeschlossen.**

Königsberg. Oskar Schimka, B.-Nr. 357 826, und Franz Färst, B.-Nr. 558 089, wegen Verbandschädigung.

**Briefkasten.**

O. S. Wiesdorf. Ganz recht, die Trillion hat 18 Nullen, es muß also in der Nr. 26 des „Proletariers“ erste Seite, Spalte 1 unter den Einnahmen aus Beiträgen heißen: Die Einnahmen aus Beiträgen belaufen sich also auf 404,806 Billionen 383 Milliarden usw. oder nach der Lesart neuerer Zeit 404 Milliarden 806 Billionen usw. Für den Hinweis besten Dank. Hoffentlich konnten wir nicht mehr in den Besitz von so viel Geld.

Hannover. B. R. Rein, die Anzapfungen der Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung“, Nr. 97, sind mir zu kindlich, um darauf einzugehen.

**Geschwister Seeger gesucht!**

Der Kollege Jakob Beer sucht seine beiden Stiefschwester Seeger, Josepha, geb. 19. März 1884 zu Zimmerfeld in Bayern, Seeger, Krejenz, geb. 22. Mai 1882 oder 1883 zu Tagmersheim. Beide werden dringend ersucht, ihre genaue Adresse und Personalien an das Bureau des Fabrikarbeiter-Verbandes, Dresden-A., Schützenplatz 2, III., einzuschicken. Es ist möglich, daß sich die Betreffenden in der Zwischenzeit verheiratet haben und nunmehr nicht mehr Seeger heißen. Die Mitteilungen werden gebeten, Umschau zu halten und uns Ihre Wahrnehmungen an die genannte Adresse mitzuteilen. 16.-

**Bericht aus den Zahlstellen.**

**Praxis (Wittenberg).** Aus der Nahrungsmittelfabrik Milka-Praxis wird folgendes geschrieben: Seit Anfang dieses Jahres freiden die sogenannten Oppositionellen ihr Unwesen im verfallenen Maße, was dazu beigetragen hat, Zustände in unserem Werke zu fördern, die aller Beschreibung spotten. Welch traurige Helben die Führer dieser Bewegung sind, beweisen folgende Vorwände:

Ein oppositionelles Arbeitermitglied — nebenbei bemerkt, war dieser Mensch auf zwei Lippen bei der Betriebsratswahl verzeichnet — zeigte in der Kammer mit einem höheren Beamten der technischen Abteilung bis früh 3 Uhr. Bei dieser Feier ist unter Hinzuziehung von Mädchen gegenseitig Grabschiff getrunken worden. Die Folge war Verhandlung vor der Direktion und Rücktritt des Arbeitermitgliedes, aber nicht ohne wegen dieses Anlasses, denn der Arbeiter hat, soweit er anwesend war, den Mantel der Liebe darüber gebreitet. Der Rücktritt erfolgte unter der Erklärung: Der Betriebsrat ist unfähig, praktische Arbeit zu leisten. Man kommt aber das Schöne: Die beiden Urheber der zu Offizi geplanten Konferenz aller Oppositionellen innerhalb der Margarine- und Speiseeisindustrie getreten sich in die Wüste, und ihr wahres Gesicht kam zum Vorschein.

Der eine davon, namens W. F., sollte als Betriebsratsvorsitzender gegen die Betriebsleitung bei jeder Gelegenheit recht herumgehen und alle Angelegenheiten auf die Spitze treiben. Wenn dann ein gewisser Junge eingetreten sei, wolle Freund Springer einsehen und der Betriebsleitung die Erklärung geben, daß W. F. nicht richtig gehandelt hätte und er mit dieser Vorgeschichte nicht einverstanden sei. Als Dank würde dann die Betriebsleitung ihm den gewünschten Meisterposten anbieten. Um W. F. die Gnade schmackhaft zu machen, wurde darauf hingewiesen, daß im nächsten der Industrieverband geschlossen sei und W. F. durch Gewerkschaftsleiter zu werden, in Erfahrung gebracht. Diese zwei Helben haben bis jetzt jede Gelegenheit benützt, dem Kollegen Feustel, wenn er nicht anwesend war, zu verunglimpfen und die freie Gewerkschaftsbewegung in den Schmutz zu ziehen. Die Folgen dieser trübsinnigen Tätigkeit sind nicht auszulassen, denn das Auftreten der Betriebsleitung ist ein ganz anderes als zu der Zeit, wo Kollege Werner Betriebsratsvorsitzender war, das zeigt sich bei der Einziehung der Zwölf-